

## Das große Impfen

Die Impforganisation in den Ländern

**(BS/bk)** Nach den ersten Impfmaßnahmen durch die mobilen Impfteams in den Alten- und Pflegeheimen sollen die über 400 Impfzentren im Land nach und nach hochgefahren werden. Aus der viel diskutierten und kritisierten Impfpriorisierung des Bundesgesundheitsministeriums (BMG), nach der sich die Länder richten wollen, geht nur eine grobe Reihenfolge hervor. Doch wie werden die Corona-Schutzimpfungen organisiert? Wie erfährt der Einzelne, wann er an der Reihe ist?

Zunächst werden die Impfungen von den jeweiligen Landesregierungen organisiert. Den Impfstoff erhalten die Länder zentral über den Bund. Innerhalb Deutschlands wird das Vakzin anteilig nach der Bevölkerung an die Bundesländer verteilt. Die erste Etappe ist dann erreicht, wenn den rund 800.000 Bewohnerinnen und Bewohnern der Alten- und Pflegeheime ein Impfangebot unterbreitet wurde. Die Sozialbehörde Hamburg, die in der Hansestadt die Impfungen plant, rechtfertigt das Vorgehen mit zwei Gründen. Einerseits werde der Priorisierung gefolgt, andererseits sei die Impfmenge der ersten Lieferung sehr gering, sodass ohnehin eine "gezielte Verimpfung" vorgenommen werden müsse.

### "Feststellung der Berechtigung ist hoheitlicher Akt"

Eine Impfpflicht soll es nicht geben. Dies betonen das BMG und die Gesundheitsministerien der Länder besonders. Nach den Plänen des BMG sollen bis zum Sommer jede Bundesbürgerin und jeder Bundesbürger ein Impfangebot bekommen haben. Dazu stehen dann die 400 Impfzentren zur Verfügung.

Unter die höchste Priorisierungsgruppe fallen auch besonders exponierte Berufsgruppen oder vorerkrankte Personen, die sich als erste in den Zentren impfen lassen können. Damit diese Personengruppen in Hamburg berücksichtigt werden können, werden Bescheinigungen des Arbeitgebers bzw. Nachweise der Vorerkrankung in Form eines Attestes oder eines vergleichbaren medizinischen Nachweises benötigt. Die hamburgische Sozialbehörde macht aber unmissverständlich klar: "Die Feststellung der Impfberechtigung ist ein hoheitlicher Akt." Selbst wenn die impfwillige Person eine geplante Terminvereinbarung hat, wird die



Wie schon bei den Eindämmungsmaßnahmen ergibt sich ein heterogenes Bild bei der Organisation der Impfungen in den Ländern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen selbst prüfen, wie in ihrem Bundesland vorgegangen wird.

Foto: BS/torstensimon, pixabay.com

letztlich gültige Feststellung der Impfberechtigung im Impfzentrum durch staatliches Personal durchgeführt.

Aber nicht alle 400 Zentren werden gleichzeitig hochgefahren. Während man in Sachsen gleich alle 13 Impfzentren Mitte Januar öffnen will, geht man in anderen Bundesländern die Sache ruhiger an. Das Land Hessen plant, nur mit sechs von seinen 28 Zentren zu starten. Grund dafür seien die noch zu geringen Impfstoffmengen, um den Betrieb konstant aufrechtzuerhalten.

### Unterschiedliches Vorgehen in den Ländern

Ebenso unterschiedlich vorangeschritten ist die Terminvergabe in den Ländern. In Sachsen setzt man auf die Eigenverantwortung seiner Bürger. Dort werden diese aufgerufen, sich eigenständig einen Impftermin sowie den Folgetermin in einem Impfzentrum ihrer Wahl zu vereinbaren. Die Vereinbarung für einen Impftermin soll dabei telefonisch oder online durchgeführt werden.

Im Freistaat Bayern werden die "notwendigen Kontaktdaten" der Impfzentren den berechtigten

Personen zeitnah nach der Verfügbarkeit des Vazkzins über die "gewohnten Kommunikationswege" bekanntgegeben, heißt es aus dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMG). In Bayern ist die Terminvereinbarung nur telefonisch möglich. In der Hansestadt Hamburg würden die Benachrichtigungen über "unterschiedliche Kanäle je nach zu adressierender Zielgruppe" versendet. Während sich die Länder um die Kontaktaufnahme zu den Bürgern kümmern, übernehmen die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) bundesweit die IT bei der Organisation und das Terminmanagement der Impfzentren. Zudem stellen die KVen das ärztliche und nicht-ärztliche Personal für das Impfen, die Registrierung und die Dokumentation. Die KV Nordrhein geht je nach Größe des Zentrums von einem Bedarf von zehn bis 40 Personen pro Impfeinrichtung aus. Zu den Kosten konnten noch keine genauen Angaben gemacht werden. Die Stadt Hamburg schätzt jedoch je nach Auslastung und Nutzungsdauer die Kosten zwischen 15 und 30 Millionen Euro für seine Zentren.

Am ersten Oktober 2017 startete das Projekt "TraRa – Modellprojekt zur Implementierung von Transferstrategien als Radikalisierungsprävention", des Landesarbeitskreises Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V. Gefördert wurde es durch das Bundesprogramm "Demokratie leben!" und das Landesprogramm "Weltoffenes Sachsen". Fachkräfte Mobiler Jugendarbeit (MJA) bzw. Streetwork (SW) und deren Partner sind in ihrer Arbeit mit jungen Menschen mit demokratiealternativem Verhalten und deren Äußerungen konfrontiert, Welche vom Rechtspopulismus über latent rechtsorientierte Handlungsweisen bis zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit reichen.

### Populismus sorgt für härtere Fronten

Unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Dies überträgt sich auf Familien und vor allem auch auf junge Menschen in ihrer Entwicklung und in Veränderungsprozessen. Populismus sorgt zudem für härtere Fronten. Sowohl verbale als auch habituelle Feindseligkeiten bis hin zu aggressiven Auseinandersetzungen und Gewalt in Szenen, im öffentlichen Raum, bei Fußballspielen oder gegen bestimmte

Gruppen und Ethnien sind deutlich. Die nationale Fokussierung wird verstärkt geprägt.

TraRa unterstützte Multiplikatoren der Jugendarbeit und bot Beratung und Begleiten an. Denn: Der Umgang mit demokratiealternativen Handlungsweisen und verhärtete Diskussionen fordern in der täglichen Arbeit einen hochprofessionellen Umgang. Pauschalisierungen, Ablehnungskonstruktionen werden genutzt. Legitim werden Konstruktionen als "alternative Fakten". Es werden theoretische Überlegungen zum Umgang mit Radikalisierung, Beratungsmethoden und "Best-Practice"-Beispiele empfohlen.

Zentrales Ergebnis des Modellprojektes ist die "Handlungsempfehlung (HE) für Fachkräfte der Mobilen Jugendarbeit/ Streetwork, die mit pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen konfrontiert werden". Der aktuelle Forschungsstand (2019) zum Thema sowie Erkenntnisse der wissenschaftlichen Beglei-

tung von TraRa werden berücksichtigt, die wiederum auf den fachlichen Standards Mobiler Jugendarbeit/ Streetwork basieren. Soziale Arbeit trägt zur außerschulischen Demokratiebildung bei und hat im weitesten Sinne einen gesellschaftspolitischen Auftrag und Relevanz. In der Schlussphase ergeben sich verschiedene Grundsatzfragen:

- Welche Möglichkeiten gibt es für Jugendarbeit, mit als "rechts, rechtsaffin oder rechtsextrem" gelabelten Jugendlichen zu arbeiten?
- Lassen sich hier Grenzen operationalisieren?
- Welche pädagogische Zielstellung lässt sich bei der Arbeit mit Jugendlichen formulieren, die pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen haben?
- Ist die pädagogische Zielstellung eine Verhaltens- oder eine Einstellungsänderung?
- Empowert Mobile Jugendarbeit/ Streetwork mit "rechten" Jugendlichen diese?
- Wie können Träger und Ange-

**(BS)** Er tritt ein schweres Erbe an: Thomas Jungfer folgt als Hamburger Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) auf den langjährigen Amtsinhaber Joachim Lenders. Welche Ziele er verfolgt, verrät Jungfer im Interview. Die Fragen stellte Behörden Spiegel-Redakteur Marco Feldmann.

**Behörden Spiegel:** Was steht auf Ihrer Agenda als neuer Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) Hamburg? Welche Themen Ihres langjährigen Vorgängers Joachim Lenders wollen Sie fortsetzen; wo neue Akzente setzen?

**Jungfer:** Mein Vorgänger Joachim Lenders hat vieles angestoßen für die DPoG in Hamburg und sie zur größten Polizeigewerkschaft in der Hansestadt gemacht. Ich will aber auch selbst neue Projekte starten. So haben wir von der DPoG Hamburg unmittelbar nach meinem Amtsantritt eine neue Kampagne zur Wertschätzung des Polizistenberufs gestartet. Sie soll uns wie ein roter Faden begleiten und war so erfolgreich, dass sie von der DPoG bundesweit übernommen wurde. Eine "zweite Welle" der Kampagne ist für das Frühjahr geplant. Es muss darum gehen, den Polizeiberuf auch in Zukunft attraktiv zu halten.

**Behörden Spiegel:** Was ist Ihnen noch wichtig?

**Jungfer:** Ich möchte die dreiteilige Laufbahn, die wir bei der Hamburger Polizei noch haben, in eine zweiteilige ändern. Da-



"Es muss darum gehen, den Polizeiberuf auch in Zukunft attraktiv zu halten."

Thomas Jungfer steht künftig an der Spitze der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) in Hamburg.

Foto: BS/DPoG Hamburg

für brauchen wir bei der Polizei Hamburg aber zwingend auch ein vernünftiges Stellenkonzept.

**Behörden Spiegel:** Vor welchen aktuellen Herausforderungen steht die Hamburger Polizei? Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie?

**Jungfer:** Bei der Hamburger Polizei darf trotz und gerade auch wegen der Corona-Pandemie nicht gespart werden. Hamburg ist vielmehr bereits seit Jahren eine wachsende Stadt. Darauf müssen wir reagieren. Wenn Stadtteile wachsen oder sogar gänzlich neu entstehen, muss

das Personal auf den Polizeiwachen entsprechend mitwachsen und aufgestockt werden. Bislang ist das noch nicht der Fall. Die Bürger wollen aber ihre Polizei, die für sie auch Dienstleister ist, im Stadtbild sehen.

**Behörden Spiegel:** Wie stehen Sie zum Einsatz des Distanzelektroimpulsgeräts bei der Polizei?

**Jungfer:** Ich bin ganz klar für die Einführung des Distanzelektroimpulsgeräts bei der Hamburger Polizei, zusammen mit einem vorhergehenden Pilotversuch. Denn dieses Einsatzmittel schließt die Lücke zwischen dem Pfefferspray und der Schusswaffe. Außerdem wirkt bereits die Androhung der Nutzung des Distanzelektroimpulsgeräts deeskalierend.

**Behörden Spiegel:** Sehen Sie Reformbedarf im Personalvertretungsrecht?

**Jungfer:** Mit Blick auf Hamburg sollte die Legislaturperiode eines Personalrates von vier auf fünf Jahre verlängert werden. In einigen Bundesländern ist das bereits der Fall, aber noch nicht bei uns in Hamburg.

### MELDUNG

## Brandenburg weiterhin stark kampfmittelbelastet

**(BS/bk)** Auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Kampfmittelbelastung in Brandenburg hoch. Bis Ende November 2020 hat der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) rund 285 Tonnen Kampfmittel gefunden und rund 92 Hektar Land als nicht mehr kampfmittelbelastet klassifiziert. Es konnten trotz mehrwöchiger Unterbrechung aufgrund der Corona-Pandemie mehr Kampfmittel

gefunden werden als im Jahr zuvor. Dies geht aus der vorläufigen Bilanz des Dienstes für das Jahr 2020 hervor. Der KMBD bearbeitete zudem über 5.600 Anfragen von Grundstückseigentümern und -eigentümern zur Prüfung von Grundstücken auf eine Kampfmittelbelastung. Außerdem rückte der Beseitigungsdienst rund 2.600 Mal zu einem Kampfmittelfund aus. Das Land Brandenburg musste

für Räumungen Kosten in Höhe von insgesamt 12,9 Millionen Euro tragen. Von diesen entfielen 7,5 Millionen Euro auf die Beseitigung der Kampfmittel und 5,4 Millionen Euro auf Personal- und Sachkosten. Brandenburg ist weiterhin das Bundesland mit dem höchsten Anteil an munitionsbelasteten Gebieten in Deutschland. Rund 350.000 Hektar Fläche stehen unter Kampfmittelverdacht.

## Mit TraRa und ReMoDe gegen rechts

Populismus und Radikalisierung professionell begegnen

**(BS/Sascha Rusch/Antje Schneider/Dieter Wolfer\*)** Mobile Jugendarbeiterinnen und -mitarbeiter arbeiten mit jungen Menschen, die sich latent rechtsorientiert äußern und/oder verhalten. Mit dem Programm TraRa wurden die Fachkräfte, die mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert sind, geschult und unterstützt.

schäftliche Situation wird nun durch dieses Forschungsprojekt reflektiert. Es werden Fachpublikationen gesichtet und systematisch zusammengeführt. Die damalige Sicht der Profession Soziale Arbeit auf die Zeit, auf Lebenslagen und auf das besondere sozialpädagogische Agieren soll gebündelt und verglichen werden. Es werden Interviews mit Protagonisten dieser Zeit geführt, um den ersten Teil des Forschungsprojektes qualitativ zu untermauern. Erfahrungen und Ergebnisse werden herausgearbeitet und zusammengefasst. ReMoDe – Regional und Mobil für Demokratie startete am ersten Januar 2020. Mit der Praxis der Jugendarbeit werden alte Erfahrungen ausgewertet, nach neuen Wegen gesucht, um mit demokratiealternativen Haltungen und mit pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen gut und besser umzugehen zu lernen. Grundsätzlich steht eine zugewandte und menschenrechtsorientierte Haltung Sozialer Arbeit als Profession immer im Mittelpunkt.

### Erfahrungen aus den 1990er-Jahren werden genutzt

Es wird das Harvard-Konzept für die Jugendarbeit adaptiert. Es bietet ein Verhandlungskonzept an und stellt Einigung in der Kooperation und Verständnis für die Lebenswelt her. Gerade weil die Beteiligten unterschiedliche Positionen haben, wird dies als Grundlage notwendig. Dennoch sind die Grenzen sozialpädagogischen Handelns zu operationalisieren bzw. aufzuzeigen. Erfahrungen wurden bereits in den 1990er-Jahren durch Bundesprogramme wie das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) und den Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit gesammelt. Die aktuelle gesell-

\*Sascha Rusch und Antje Schneider sind Bildungsreferenten, Dieter Wolfer ist Pressesprecher im Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.